

*Ermanno Taviani*

## **Terrorismus, Staat und öffentliche Meinung in Italien**

### **1. Ein Jahrzehnt der Krise**

Die „Pathologie der Erinnerung“<sup>1</sup> erschwert eine Reflexion über den Terrorismus ohne polemische Spitzen. Auch die Historiographie ist nicht frei davon. Im Gegenteil: In einzelnen Fällen scheinen die Analysen den alten Interpretationen zu folgen oder sich polemisch mit ihnen auseinanderzusetzen. Damit wird eine eindeutig anachronistisch und – wissenschaftlich gesehen – wenig ergiebige Debatte in die Länge gezogen.

Wie schwierig die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem historischen Problem der politischen Gewalt und besonders mit dem Terrorismus ist, zeigt sich in dem Augenblick, in dem versucht wird, dieses Phänomen lediglich als einen Teilaspekt zu analysieren. Gerade dies ist aber notwendig, denn schon die Definition der 1970er Jahre als „Epoche des Terrorismus“ erweist sich selbst für die Periodisierung eines zweifellos von Gewalt geprägten Jahrzehnts als ungenügend. Während für die Zeit, die als „Strategie der Spannung“ (1969–1974) beschrieben wurde, der Terrorismus mitnichten vorherrschend war, scheint sich das in den Jahren um die Entführung von Aldo Moro allmählich geändert zu haben. Bei näherer Betrachtung war jedoch nicht nur die erste Hälfte der Dekade von ganz anderen Phänomenen geprägt.

Gerade die Gleichzeitigkeit scheinbar widersprüchlicher Prozesse, welche den 1970er Jahren ihre Komplexität verleiht, ist ein Grund dafür, zum Kern der vielen kurz- und langfristigen Probleme vorzudringen, die in ursächlichem Zusammenhang mit der Gewalt stehen. Die Jahre zwischen 1977 und 1981 scheinen aus unterschiedlichen Gründen kritische Jahre gewesen zu sein, wobei der Terrorismus zwar der bekannteste, nicht jedoch ihr wichtigster Auslöser war<sup>2</sup>. Zwischen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre stand die italienische Gesellschaft vor einer einschneidenden Übergangsphase. Es endete nicht nur die 1946 entstandene

<sup>1</sup> Giovanni Moro, *Anni settanta*, Turin 2007.

<sup>2</sup> Vgl. Piero Craveri, *La repubblica dal 1958 al 1992*, Mailand 1996, S. 714ff.

„Republik der Parteien“, sondern auch die „lange Nachkriegszeit“. Der Gegensatz zwischen Christdemokraten und Kommunisten als lange vorherrschendes Element der Dynamik und der politischen Konflikte spielte keine wichtige Rolle mehr. In vielerlei Hinsicht kann sogar von einem vorweg genommenen 1989 gesprochen werden, allerdings unter Fortbestehen eines verknöcherten Staatsapparats<sup>3</sup>. Auch das Problem der politischen Führung blieb ungelöst.

Nicht nur Italien, sondern der ganze Westen erlebte eine kritische Phase, in der die Struktur des modernen Nationalstaats ins Wanken geriet. Das Verhältnis zwischen Nation und supranationalem Markt wurde schwierig. Die Synthese von liberaler Marktwirtschaft und nationaler Wohlfahrt endete in einem Dilemma. Die Umgestaltung der Produktion und das Ende des Fordismus bildeten eine neue soziale Landschaft, in der sich auch das politische Verhalten und die Akteure veränderten. Diese neu definierte Politik, die das fundamental neue Element von „1968“ darstellte und eine partielle Wachablösung des alten Establishments zur Folge hatte, entwickelte sich allerdings in einer Weise, die mit den „1968“ vorgeschlagenen Modellen nichts mehr gemein hatte. In Italien verlief dieser Prozess besonders schwierig, denn obwohl der Höhepunkt des Fordismus hier später erreicht wurde als in weiter entwickelten Industriestaaten, gelangte er in Italien schneller an sein Ende, was durch die Unternehmenspolitik noch zusätzlich forciert wurde.

Die weltweite Krise der Ordnungssysteme nach dem Ölpreisschock bildet den Anhaltspunkt für jede Art von Reflexion über die 1970er Jahre, auch über den Terrorismus und über die Unsicherheit der politischen Eliten, wie ihm zu begegnen sei. Im Unterschied zu den 1960er Jahren, in denen mehr Ressourcen für eine Politik kostspieliger gesellschaftlicher Reformen zur Verfügung standen, begrenzte die Krise nun den Verteilungsspielraum der Politik und verschärfte somit die soziale Unzufriedenheit. In Italien erfasste die Krise drei unterschiedliche Bereiche: die Institutionen und das Parteiensystem, die Wirtschaft, die öffentliche Ordnung. Das erforderte ein neues Primat der Politik. Aber wie sah ihr Zuschnitt aus? Die Existenz finsterner Machenschaften und geheimnisumwitterter Gruppen, etwa der Loge „P2“, ließen die Meinungsverschieden-

---

<sup>3</sup> Vgl. Franco De Felice, *Nazione e crisi: le linee di frattura*, in: *Storia dell'Italia repubblicana*, Bd. 3: *L'Italia nella crisi mondiale. L'ultimo ventennio*, Teil 1: *Economia e società*, Turin 1996, S. 5–127; Franco De Felice, *La nazione italiana come questione. Appunti sul decennio 1979–1989*, in: *Dimensioni e problemi della ricerca storica* 1/1993, S. 55–90.

heiten in den Führungsgruppen über diese Frage überdeutlich werden.

## 2. Die öffentliche Meinung und das Schlüsseljahr 1977

„Die“ öffentliche Meinung ist ebenso wie „der“ Staatsapparat, „die“ großen Parteien, „die“ Gewerkschaften alles andere als ein monolithischer Block. Marica Tolomelli spricht zurecht von einer „öffentlichen Debatte“, in der es auch zahlreiche „Schattenbereiche“ gegeben hat<sup>4</sup>. Man darf sich nicht allein auf die Analyse von Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehsendungen beschränken und generalisieren, sondern muss sich bemühen, auf der Basis unterschiedlichster Quellen zwischen den einzelnen Segmenten der öffentlichen Meinung zu differenzieren, so dass sowohl ihre jähen Umschläge als auch die Kontinuitätslinien in einem so dramatischen Jahrzehnt wie den 1970er Jahren deutlich werden.

Zunächst muss untersucht werden, wie die öffentliche Meinung in ihrer Facettenvielfalt von der „Krise“ durchdrungen war und welche Wege eingeschlagen wurden, um diese zu überwinden (oder in eine revolutionäre Reaktion münden zu lassen). Es ist kein Zufall, dass der Vergleich mit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und mit der Weimarer Republik eine Konstante in der damaligen Presseberichterstattung darstellte. Auch der Fall Moro muss unter diesem Aspekt gesehen werden. Das erklärt die Radikalität der Entscheidungen, die angesichts der Herausforderungen des Terrorismus getroffen wurden und die dazu führten, dass manche demokratischen und zivilen Errungenschaften der zurückliegenden Jahre wieder eingeschränkt wurden.

Welcher Raum wurden dem linken Terrorismus in den Medien gewährt? Erst die Entführung des Staatsanwalts Mario Sossi (1974) katapultierte die *Brigate Rosse* in das Bewusstsein der italienischen Öffentlichkeit; innerhalb der „Bewegung“ waren ihre Absichten und Aktionen schon vorher bekannt gewesen. Der öffentlich bekundeten Entscheidung zum „Angriff auf das Herz des Staates“ folgten bald die ersten Morde. Zwei weitere Daten sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung: Der Wahlerfolg des *Partito Comunista Italiano* (PCI) von 1976, der die politische Landschaft veränderte und viele in der italienischen Gesellschaft seit den Jahren des Wirtschaftswunders entstandenen Erwartungen widerspiegelte, und das Jahr 1977 mit seinen Demonstrationen und Gewalt-

<sup>4</sup> Marica Tolomelli, *Terrorismo e società. Il pubblico dibattito in Italia e in Germania negli anni Settanta*, Bologna 2006.

ausbrüchen, in dem sich Extremismus und Terrorismus nicht leicht voneinander trennen ließen.

Um die Jahreswende 1976/77 suchte Italien ein sozialer und politischer Konflikt heim, der zum Teil von terroristischen Aktionen bestimmt war, die sich damals in nie da gewesener Weise entfalten<sup>5</sup>. Es gibt Zweifler, die sagen, es habe sich bei diesem *movimento del '77* nicht um eine echte Bewegung gehandelt, sondern um eine Serie von episodischen Ausbrüchen, die Aufsehen erregten und von Gewalt geprägt waren. Tatsächlich sah sich das politische Establishment mit mehreren unberechenbaren sozialen Gruppierungen konfrontiert, die allerdings eines gemeinsam hatten: ihre Außenseiterrolle und die Feindschaft gegen den *Palazzo*, den Regierungssitz des Ministerpräsidenten als Synonym der Staatsmacht. Der *movimento del '77* war eine nationale Bewegung. Zu einer transnationalen Interaktion, wie sie für „1968“ charakteristisch gewesen war, kam es nicht. Außerdem hatte die Bewegung ihre Schwer- und Kulminationspunkte nur in wenigen Städten: in Rom, Bologna, Padua, teilweise auch in Mailand, weniger in Turin, überhaupt nicht in Trient oder Pisa, den beiden Zentren der Auseinandersetzungen von „1968“.

Die Ereignisse von 1977 trugen entscheidend zum Bruch zwischen dem PCI, der sich in den Regierungen der „nationalen Solidarität“ engagierte, und den militanten Gruppen und ihrem Massenanhang bei, die aus der Krise und Niederlage der außerparlamentarischen Linken hervorgegangen waren<sup>6</sup>. Innerhalb dieses Lagers entstand eine neue kämpferische Generation, deren politische Kultur sich von jener der „68er“ beträchtlich unterschied. Diese Generation bildete den Bodensatz für neue politische Strömungen der italienischen Linken, die erst im nächsten Jahrzehnt hervortraten, etwa die der Umweltschützer, aber auch solcher aus dem rechten Spektrum. Der Verfall und die Frustration des *movimento del '77* ließ außerdem zahlreiche Militante in die bewaffneten Formationen strömen, was zu einer erneuten Thematisierung des Gewaltproblems auch innerhalb der Neuen Linken führte, die während und nach dem Fall Moro ihre Überzeugungen überdachten.

1977 wurde auf dramatische Weise eine Kettenreaktion von Subversion und Repression ausgelöst, wodurch der Eindruck eines Quantensprungs der Gewalt entstand: Aus kleinen Gruppen wur-

<sup>5</sup> Vgl. Craveri, *Repubblica*, S. 714.

<sup>6</sup> Vgl. Ermanno Taviani, *PCI, estremismo di sinistra e terrorismo*, in: Gabriele De Rosa/Giancarlo Monina (Hrsg.), *L'Italia repubblicana nella crisi degli anni settanta*, Bd.4: *Sistema politico e istituzioni*, Soveria Mannelli 2003, S. 235–275.

den beachtliche subversive Kräfte. Der Abstand zwischen Terrorismus und Extremismus verringerte sich, als auf Demonstrationen Waffen auftauchten und immer mehr Gewalttaten zu verzeichnen waren. Das führte zu einer entsprechenden Reaktion der Ordnungskräfte, die nun die Schraube der Repressionen fester anzogen und damit auf der Gegenseite für eine weitere Verhärtung sorgten. Der Terrorismus und die rapide zunehmende politische Gewalt schädigten ab 1977 das politische Klima und erschwerten demokratische Lösungen. Die Sondergesetzgebung und die „Anti-Terror-Gesetze“ trafen nicht nur die linksextreme Subversion, sie erschütterten auch das demokratische Gefüge Italiens. Innerhalb des *movimento del '77* und in der Neuen Linken beschwor man das Gespenst einer „Germanisierung“. In Frankreich kam es dagegen zu polemischen Stellungnahmen gegen die „Repressionen“ in Italien, unter anderem von Jean Paul Sartre und Simone de Beauvoir.

### 3. Der Fall Moro als Wendepunkt

Die berühmten „55 Tage“ des Jahres 1978 erwiesen sich als Prüfstein für die italienische Politik der 1970er Jahre. Der Fall Moro bildete nicht nur den Höhepunkt der terroristischen Offensive, die in den drei folgenden Jahren andauerte. Hier zeigte sich auch, wie schwer es war, eine andere politische Richtung als die des Einvernehmens zwischen DC und PCI zu finden. Das Problem bestand nicht so sehr darin, dass mit der Entführung Moros eine sich vollziehende Annäherung blockiert wurde, mit der Entführung eines der Protagonisten des „historischen Kompromisses“ sollte vielmehr auch künftigen, ähnlich gelagerten Projekten der Boden entzogen werden. Dabei war der Versuch, die Bedingungen für eine reife Demokratie zu schaffen und dabei die Logik des Kalten Krieges zu überwinden, die große Herausforderung des Systemkonflikts jener Zeit.

Die Literatur über den Fall Moro ist umfangreich, in vielerlei Hinsicht aber auch nutzlos, da sie die Vorgänge zu häufig entkontextualisiert und die Hintergründe oftmals grotesk verzerrt<sup>7</sup>. Der Fall Moro wurde von der öffentlichen Meinung ganz unterschiedlich aufgenommen. Er verhalf der standhaft gebliebenen *Democrazia Cristiana* zu neuer Legitimation und drängte die Skandale der Partei vorübergehend in den Hintergrund. Die konservativen Kreise

<sup>7</sup> Vgl. Miguel Gotor, *La possibilità dell'uso del discorso nel cuore del terrore: della scrittura come agonia*, in: ders. (Hrsg.), *Aldo Moro. Lettere dalla prigione*, Turin 2008.

fühlten sich in ihrer traditionellen politischen Rolle bestätigt, einen „linken“ Umsturz zu verhindern – schließlich bezeichneten sich die *Brigate Rosse* selbst als Kommunisten. Die aufgebauschte Gefahr eines Zusammenbruchs des demokratischen Staates führte dazu, dass sich große Teile der öffentlichen Meinung um jene Partei scharten, die sich am meisten mit dem Staat identifizierte und die damit auch neues Selbstbewusstsein im Umgang mit dem PCI gewann. Zur gleichen Zeit allerdings wurde angesichts der offenkundigen Ineffizienz bei der Untersuchung des Entführungsfalls heftige Kritik laut, die das Misstrauen gegenüber den Sicherheitsapparaten und dem Geheimdienst verstärkte. Außerdem offenbarten die „55 Tage“ die Schwäche der parlamentarischen Mehrheit von Christdemokraten und Kommunisten, die zwar 80 Prozent der Wählerstimmen hinter sich hatten, aber unfähig waren, die schwerste politische Krise des Landes zu lösen und einen der wichtigsten Regierungsvertreter zu retten.

Es war deshalb auch kein Wunder, dass die „heilige Allianz“ des historischen Kompromisses nicht lange hielt. Schon ein Jahr nach der Ermordung Moros zerbrach das informelle Bündnis, während sich neue politische Konstellationen herausbildeten, die jene Veränderungen widerspiegeln, die sich in den „55 Tagen“ gezeigt hatten. Der Fall Moro beschleunigte diesen Prozess und bewirkte sogar eine Art Rückfall in den Kalten Krieg, der im Übrigen auch auf der internationalen Bühne zu beobachten war.

Auch im linken Spektrum der öffentlichen Meinung provozierte der Fall Moro eine Tendenzwende. Der PCI wurde nun endgültig als eine „Partei der Ordnung“ wahrgenommen – militante Kräfte klagten sogar darüber, sie müssten gegen die von der DC beherrschten Institutionen anrennen, in denen auch „abweichlerische Gruppierungen“<sup>8</sup> existierten. Diese Wahrnehmung kontrastierte mit der zunehmenden Enttäuschung der Kommunisten über die Ergebnisse der Einigung mit der DC. Die Unzufriedenheit in der Partei zeigte sich bereits bei der Bildung der Regierungen von Giulio Andreotti, die sich nicht von den vorangegangenen zu unterscheiden schienen. Der Staat und seine Regierungsapparate waren offenbar dieselben wie eh und je, eine wirkliche Erneuerung ließ sich nicht erkennen. Wie Berlinguer, Pecchioli und andere kommunistische Parteiführer betonten: Wenn der PCI auch die Republik war, so war die DC der Staat.

---

<sup>8</sup> Fondazione Istituto Gramsci, Archivio Ugo Pecchioli, busta. 31, Direzione PCI, Sezione Problemi dello Stato, Note per un aggiornamento sul fenomeno del terrorismo e della violenza, Roma, Settembre 1978.

Gleichzeitig war den PCI-Verantwortlichen klar, dass ohne ein Einvernehmen mit den Christdemokraten keine Wende eingeleitet werden konnte. Der Zusammenbruch der Institutionen – so hieß es – drohe einer Systemkrise, ja einem rechten Putsch die Türen zu öffnen, nicht dem Sozialismus. Diese Einstellung war äußerst heikel. Die Ansicht, dass der Staat, ganz gewiss aber einige seiner Apparate, den Terrorismus unterstützt hätten, im Sinne einer „Strategie der Spannung“, war ein Gedanke, den nicht nur die extreme Linke verinnerlicht hatte. Den Schock der Piazza Fontana, die Massaker ohne Schuldige hatte man nicht vergessen. Auch im PCI war diese Auffassung weit verbreitet – wenngleich auch nicht ganz so dezidiert. Außerdem war die DC sein historischer Gegner.

In der sogenannten alternativen Berichterstattung, das heißt in der öffentlichen Meinung der Neuen Linken, verursachte der Fall Moro eine Krise, die sich mit der allgemeinen Krise linker Projekte und Ideologien verband. Während man hier vor Moro mit bewaffneten Organisationen durchaus sympathisiert hatte, verloren nun Kampagnen gegen die christdemokratische „amerikanische Partei“ und die neofaschistischen „schwarzen Machenschaften“ an Überzeugungs- und Durchschlagskraft. Das führte zu einer erheblichen Schwächung der linksoppositionellen Strukturen, allerdings nicht beim linksalternativen *Partito Radicale*, der sich intensiv im Kampf gegen die *Legge Reale* engagiert hatte – bei dem Referendum, nur einen Monat nach Abschluss des Falles Moro, sprachen sich 25 Prozent der Wähler für die Abschaffung des Gesetzes aus – und sich anschließend für Themen einsetzte, die sich mit der Verteidigung rechtsstaatlicher Prinzipien befassten.

Dann gab es in der öffentlichen Debatte noch schwer erkennbare, aber äußerst zweifelhafte Schattenseiten einer mehr als diffusen Haltung gegenüber dem Terrorismus. Diese minoritären Tendenzen zeugten von einer Gewöhnung an die Gewalt, die als rechtmäßiges Instrument des politischen Kampfs betrachtet wurde. Das belegen parteiinterne Dokumente des PCI, mehr noch aber mündliche Aussagen sowie Filme und Bücher. Es ist kein Geheimnis, dass auch viele Unverdächtige zur Zeit der Moro-Entführung neugierig „am Fenster“ stehen blieben, um zu beobachten, was geschehen würde. Das war nicht notwendigerweise ein Übel, es war der Subtext, der die katholisch-kommunistische Deutungsdominanz sprengen sollte. Damit soll nicht das Thema der von Intellektuellen gezeigten Feigheit angeschnitten werden, das zwischen 1977 und 1981 in den Reihen der Linken heftig diskutiert wurde. Angedeutet aber werden muss, dass die Zustimmung und zumindest die Aufmerksamkeit, die man den Terroristen entgegenbrachte, sehr groß

waren – wenngleich nur für kurze Zeit und wenngleich auch in der Regel nicht die Auffassung bestand, die *Brigate Rosse* seien die Avantgarde oder der bewaffnete Arm der Bewegung. Wir wissen noch sehr wenig über diese Einstellungen zum Problem des Terrorismus, auch weil solche Gemütsregungen später verdrängt worden sind.

Bei einigen linken Intellektuellen, auch aus dem kommunistischen Lager, tauchte der Gedanken auf, ob die Revolution jetzt nicht vielleicht doch gekommen sei, wenn auch in einer ganz anderen Form als man sich das ursprünglich vorgestellt hatte. Ein ähnliches Phänomen hatte sich auch schon in Hinblick auf „1968“ gezeigt. Es ist außerdem kein Geheimnis, dass einige Segmente der Arbeiterschaft es nicht ungern sahen, wie die christdemokratischen „Feinde“ endlich für all das, was sie in den 30 vorangegangenen Jahren getan hatten, bestraft wurden.

Der Fall Moro bedeutete also eine entscheidende Wende. Die Hauptakteure der italienischen Politik gingen verändert aus dem Frühjahr 1978 hervor. Besonders der PCI geriet in eine tiefe Krise, nicht so sehr mit Blick auf die öffentliche Zustimmung, sondern vielmehr in Hinsicht auf seine Strategie.

„Die Glaubwürdigkeit der kommunistischen Strategie, das Bindemittel des sozialen Blocks, der die Möglichkeit und Fähigkeit besaß, das Land zu verändern, sowie die Gründe für den inneren Zusammenhalt wurden bis ins Mark erschüttert.“<sup>9</sup>

Ihre eigentliche Rolle als Garant der Demokratie hatte sich als unzureichend erwiesen. Linksextremismus und Terrorismus hatten die Möglichkeit der Kommunisten eingeschränkt, die von ihrer politischen und sozialen Basis ausgehenden Impulse in die Öffentlichkeit zu tragen und in Politik zu verwandeln.

Zu Beginn der 1980er Jahre schien das Bild nicht sehr viel Neues zu bieten, in Wahrheit hatte es sich aber von Grund auf verändert. Die politische Niederlage des PCI mündete sehr schnell in eine soziale Niederlage. Zu behaupten, dass der Terrorismus die strategische Krise der Kommunistischen Partei verschärft habe, bedeutet allerdings nicht, jene Theorie nachzubeten, die vor allem vom PCI selbst und in vielen Abhandlungen über den Terrorismus aufgestellt wurde: dass dies das einzige Ziel des roten oder schwarzen Terrorismus und seiner Drahtzieher gewesen sei. Eine solch monokausale Erklärung berücksichtigt weder die Dimension dieses Phänomens in Italien noch viele seiner wesentlichen Merkmale; sie ignoriert

<sup>9</sup> De Felice, *Nazione e crisi*, in: *Storia dell'Italia*, Bd. 3/1, S. 80.

außerdem die vielen anderen Entwicklungen, die den PCI seit langem schwächten.

#### 4. Das Ende der terroristischen Offensive

Ab 1980 trugen mehrere Faktoren zur Krise und dann zum Zusammenbruch der terroristischen Offensive bei. An erster Stelle zu nennen sind das effiziente Eingreifen der Ordnungskräfte, die Wirksamkeit der Gesetze über die *pentiti*, die Reuigen (Kronzeugenregelung), und der anderen umstrittenen „Not“-Maßnahmen, die zum Zerfall der *Brigate Rosse*, zur schnellen Auflösung der *Prima Linea* und zu einem Rückgang des „diffusen Terrorismus“ führten. Allerdings waren viele beachtliche Erfolge im Kampf gegen die bewaffneten Kräfte bereits vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze erzielt worden. Außerdem machte sich bemerkbar, dass der politische und soziale Rückhalt schwand, der in den Jahren zuvor das Anwachsen des Terrorismus begünstigt hatte. 1980 erfolgte eine eindeutige Wende: Mit der steigenden Anzahl der Toten bei hinterhältigen terroristischen Anschlägen (sowohl von rechts als auch von links) ging die diffuse politische Gewalt in drastischer Weise zurück. Das offenbarte die wachsende Isolierung der Organisationen des bewaffneten Kampfs<sup>10</sup>.

Obwohl sie sich in einem anderen politischen Kontext ereigneten, warfen einige spektakuläre Entführungsfälle – vor allem jene des Staatsanwalts Giovanni D’Urso (1980) und des christdemokratischen Politikers Ciro Cirillo (1981) – ein neues Licht auf den Fall Moro: Zwischen Staat und *Brigate Rosse* wurde verhandelt, ohne dass die staatlichen Institutionen dadurch in Gefahr gerieten. Allerdings brachte die kontroverse Art der Verhandlungsführung – in einem Fall mit Beteiligung des organisierten Verbrechens – die politische Klasse erneut in Misskredit. Beeindruckend in diesem Zusammenhang ist eine Notiz von Ugo Pecchioli, die er vor einem Treffen mit Staatspräsident Sandro Pertini schrieb: Der PCI protestierte darin wegen der im Fall der Befreiung von D’Urso gemachten Konzessionen<sup>11</sup>.

Das Jahr 1981 erlebte einen Höhepunkt der terroristischen Offensive mit den vier Entführungen von Cirillo, Peci, Sandrucci

<sup>10</sup> Vgl. Marco Galleni (Hrsg.), *Rapporto sul terrorismo*, Mailand 1981; Donatella Della Porta/Maurizio Rossi, *Cifre crudeli: Bilancio dei terrorismi italiani*, Bologna 1984.

<sup>11</sup> Fondazione Istituto Gramsci, Archivio Pecchioli, busta 31, Caso D’Urso nota per incontro con Pertini, 15. 1. 1981.

und Taliercio. Die Terroristen mussten allerdings auch schwere Schläge einstecken. Die Befreiung des amerikanischen Generals James Dozier Ende des Jahres kann als Schlusspunkt des „großen Terrorismus“ angesehen werden, weil nun viele terroristische Vereinigungen auseinanderbrachen. Das Ausmaß der Bedrohung, dem Italien ausgesetzt gewesen war, wurde in den folgenden Jahren offensichtlich: Die Gerichte fällten über tausend Urteile gegen Angehörige bewaffneter Gruppen, Abertausende von Sympathisanten blieben unentdeckt und unbehelligt, weil die Justiz an ihre Grenze stieß.

## 5. Protest und Gewalt

Signifikant für die öffentliche Meinung in den Jahren 1976 bis 1981 war die hohe Toleranzschwelle gegenüber Gewalt. Vielen Gewalttaten wurden von der Tagespresse gar nicht mehr dokumentiert. So gab es in den Jahren 1977 bis 1980 in einigen Vierteln Roms Schüsse auf Demonstrationzüge und Einrichtungen des PCI, Gewalt an Schulen, Prügeleien und sogar Sprengstoffattentate, die anders als in den Jahren zuvor nicht für wert erachtet wurden, öffentlich gemacht zu werden. Nicht einmal auf den Lokalseiten der kommunistischen Tageszeitungen *Unità*, *Manifesto* und *Lotta Continua* fanden sie Erwähnung. Dieser Aspekt muss noch näher erforscht werden, außerdem sollte die größere Toleranzschwelle gegenüber der Gewalt als ein auf ihre Kontexte bezogenes Phänomen untersucht werden: Großstadt versus Kleinstadt, Nord versus Süd und so weiter.

Die Gewalt spielte im Grunde eine doppelte Rolle. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre stimulierte sie die Politisierung der Gesellschaft, in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wirkte sie auch angesichts der wachsenden Schlagkraft der staatlichen Repressionsorgane wie ein mächtiger Entpolitisierungsfaktor. In diesem Zusammenhang muss auch gefragt werden, wo genau die langfristigen Wurzeln des Gewaltausbruchs lagen – auf jeden Fall sind sie weit vor der Krise der 1970er Jahre zu suchen.

Darüber hinaus müsste die Wahrnehmung der unterschiedlichen Formen der Gewalt analysiert und ein anderer wichtiger Aspekt deutlich gemacht werden: Die Welle der Gewalt war in jenen Jahren nicht nur politisch motiviert, sie ging auch mit der Entwicklung des organisierten Verbrechens einher. Schließlich entwickelte sich damals der grausamste Mafiakrieg, den Italien je gesehen hatte. Die „Neue Camorra“ von Raffaele Cutolo und die Organisationen, die sich ihr widersetzen, die so genannte *Banda della Magliana*,

sowie die Verbreitung einer Mikrokriminalität im Zusammenhang mit Drogenhandel und Drogenkonsum prägten die Zeit.

Erst nach 1979 nahm die Toleranz gegenüber Gewalt langsam wieder ab. Die Zahl begrenzter, spontaner Aktionen reduzierte sich schrittweise. Der Terrorismus verlor sein soziales Umfeld, das erschrocken aufgewacht war und sich blutige Attentate nicht länger als Ausdruck eines diffusen sozialen Rebellentums verkaufen ließ. Auf diesen „Geist, der aus der Kriegszeit stammte“ verweisen jene Wissenschaftler, die von einem „schleichenden Bürgerkrieg“ sprechen, der mit der Befreiung Italiens begonnen und sich ab 1969 zugespitzt habe. Diese Theorie eines „allmählich fortschreitenden Bürgerkriegs“ ist in vieler Hinsicht irreführend. Sie rechtfertigt alle, denn sie weist allen eine präzise Rolle im Drama zu. Zweifellos standen sich in Italien zwei Modelle sozialer Integration gegenüber, und der Kalte Krieg wies durchaus Bürgerkriegselemente auf. Etwas anderes ist es jedoch, von einem wirklichen Bürgerkrieg zu sprechen. Dabei werden die Verwerfungen innerhalb der politischen Kräfte nämlich ganz außer Acht gelassen. Es genügt ein Hinweis auf Moro und Berlinguer, die versuchten, die vom Kalten Krieg gezogenen Grenzen zu sprengen. Zu welcher Gruppierung gehörten sie? Wo kämpften sie? Außerdem dürfen einige Tendenzen der italienischen Geschichte nicht vergessen werden, etwa die Weigerung der führenden Schichten, eine einvernehmliche Lösung des sozialen Konflikts zu akzeptieren, oder das komplexe Verhältnis von Gewalt und Politik.

Bei den sozialen Protestbewegungen der 1970er Jahre – auch in ihren gewalttätigen und extremen Formen – ging es auch um das Problem der legitimen Teilhabe am Sozialstaat. In dieser Hinsicht wurde ihre Dynamik von den Medien nicht voll erfasst. Gewalt und Gewaltbereitschaft zeigten sich innerhalb und am Rande dieser Bewegungen. Der linke Terrorismus brachte sie in grundlegende Schwierigkeiten. Er trug dazu bei, dass sie zu kleinen Gruppen zusammenschrumpften, jedoch zerstörte er sie nicht. Das führte zu einer Beschädigung der Gesellschaft, was sich auch in der Art der Terrorismusbekämpfung niederschlug. Die Kultur des Notstands setzte ein neues, der italienischen Linken eigentlich fremdes Zeichen. Beispielhaft dafür ist die Debatte, die unter linksliberalen italienischen Juristen geführt wurde.

Zur Koexistenz von Extremismus und Terrorismus kam ein autonomes Segment der öffentlichen Meinung. Zurückzuweisen ist allerdings die bei einigen Ex-Terroristen lebendige und von einigen Wissenschaftlern und Journalisten aufgegriffene Vorstellung, die bewaffneten Organisationen der Linken seien die Avant-

garde der nach 1968 entstandenen Bewegungen gewesen. In dieser Deutung spiegelt sich ein alter, freilich nie erfüllter Wunsch der terroristischen Vereinigungen, die sich oft gerade wegen der Neigung ihrer Führungskreise, „Oberkommandos“ zu bilden und als „neue Bolschewiken“ aufzutreten, spalteten. Die Organisationen des „bewaffneten Kampfs“ bildeten nur eine kleine Minderheit jener Protestbewegungen, die Millionen von Menschen mobilisieren konnten. Darüber darf man aber nicht vergessen, dass die terroristischen Gruppen viele Sympathien besaßen, wie vor allem die Debatte über die Gewalt zeigte, die die Gruppierungen der extremen Linken in den 1970er Jahren geführt haben. Und nicht vergessen werden dürfen all jene gewalttätigen Aktionen, die fast nie mit einem politischen Mord endeten, jedoch den Boden für den „bewaffneten Kampf“ bereiteten.